

# Deutschland profitiert doppelt

Nach der französischen Präsidentschaftswahl ist die Schonfrist für die deutsche Europa-Politik abgelaufen

Vordergründig scheint es jetzt ja noch einmal gut gegangen zu sein. Die Wahl von Emmanuel Macron hat die Gefahr eines Frexit abgewendet. Wäre es mit Marine Le Pen dazu gekommen, hätte dies wohl das Ende der EU bedeutet. Wie kann es aber sein, dass die Menschen in Frankreich, dem Mutterland der europäischen Aufklärung und schließlich der Revolution, nahezu zur Hälfte Europa kritisch bis ablehnend gegenüberstehen? Die lange Antwort lautet, dass es aus einem komplexen Zusammenhang heraus viele Gründe dafür gibt, deren Zusammenspiel es in den Köpfen der Wählerschaft zu

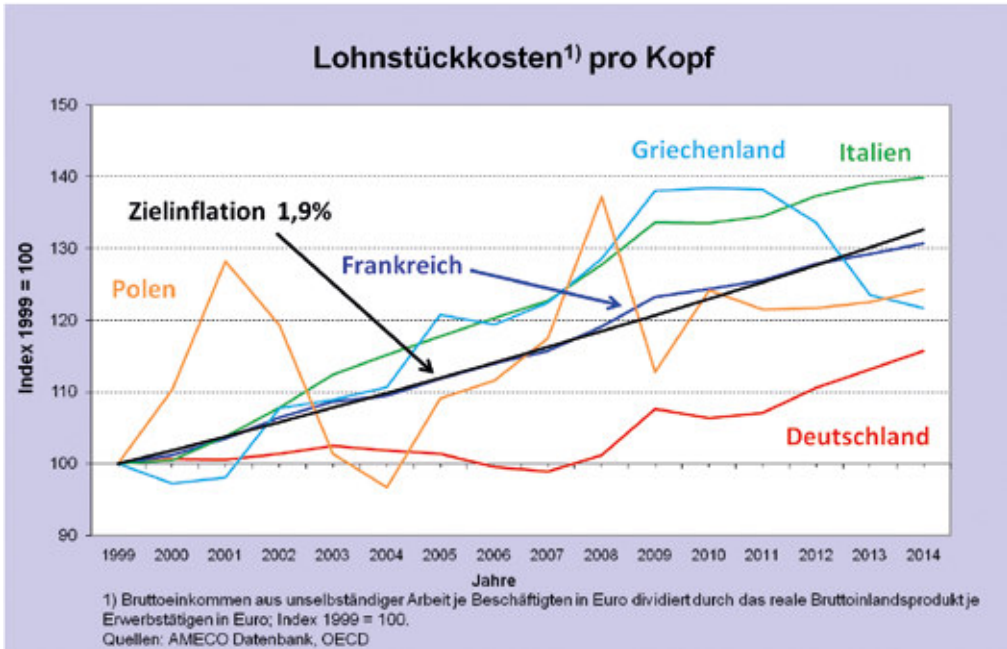
einer Verwirrung hat kommen lassen, die sie auch nicht mehr vor irrationalen Entscheidungen schützt. Die kurze Antwort heißt: Die Deutschen sind schuld! Das behauptet jedenfalls der im Wahlkampf unterlegene Kandidat der Linken, Jean Luc Mélenchon, wobei er natürlich nicht die Menschen, sondern die Politik Deutschlands geißelt. Dass damit gleichzeitig in Teilen der eigenen Bevölkerung die Resentiments gegenüber den Deutschen wachsen, liegt wohl in der Natur der Sache.

Nicht in der Natur der Sache liegt dagegen, dass Deutschland oder gar die Deutschen für die

wirtschaftliche Misere vieler EU-Staaten, zu denen als größter eben auch Frankreich zählt, mitverantwortlich ist. Aber, man beachte den Unterschied: Mitverantwortlich dafür sind jene deutschen Politiker\_innen, die durch ihre Entscheidungen zu dieser Malaise beigetragen haben.

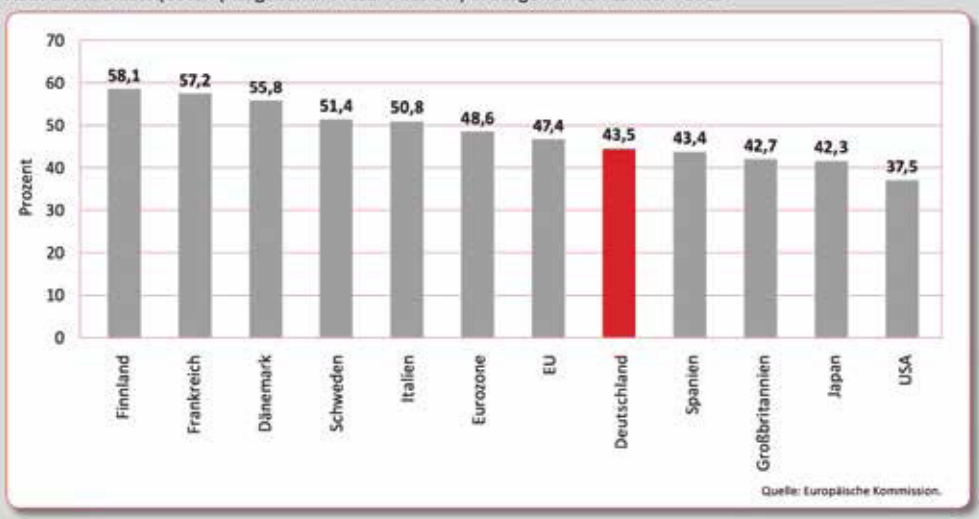
Mitverantwortlich insofern, als Deutschland fortwährend gegen Vereinbarungen verstößt, die für eine Wirtschafts- und Währungsunion konstitutiv sind. So kann man auf Dauer nur eine gemeinsame Währung haben, wenn man bereit ist, die Wirtschafts- und mehr noch die Finanz- und Haushaltspolitik

Quelle: flasbeck-economics



Die Grafik zeigt, warum gerade in Frankreich die Kritik an Deutschland berechtigt ist, denn die Franzosen haben sich am konsequentesten an das gehalten, was für eine Wirtschafts- und noch mehr Währungsunion unverzichtbar ist: Der Gleichschritt in der Lohnpolitik entlang der Produktivitätsentwicklung, die sich auch in den so genannten Lohnstückkosten, dem Anteil der Löhne an jeder produzierten Einheit, ausdrücken lassen. Der Vorwurf des Lohndumpings liegt hierin begründet.

Abb. 1: Die Staatsquoten (Ausgaben in Prozent des BIP) in ausgewählten Ländern 2015



**Auch hier zeigt sich gerade zwischen den beiden Hauptakteuren der EU ein eklatanter Unterschied. Die mageren Lohnabschlüsse, gerade im öffentlichen Dienst, lassen grüßen!**

zu koordinieren und untereinander abzustimmen. Aber auch dann helfen die besten Vorsätze nichts, wenn man nicht bereit ist, danach zu handeln. Und gehandelt wurde seitens der deutschen Politik anders, als man es vereinbart hatte. Über Jahre schaute die deutsche Regierung zu, wie es den Arbeitgebern gelang, ein Lohndumping durchzusetzen, um sich auf diese Weise einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den übrigen EU-Partnerländern zu verschaffen. Vereinbart war aber eine Lohnentwicklung entlang des Produktivitätsfortschritts, was sich direkt in den Lohnstückkosten messen und vergleichen lässt (s. Schaubild). Wie man sehen kann, war Frankreich das Land, das sich am konsequentesten daran gehalten hat.

Hätte Deutschland noch seine eigene Währung, seine DMark, würde deren Kurs durch die Exportüberschüsse steigen, weil die Käufer der deutschen Produkte verstärkt DMark nachfragen würden, um ihre Rechnungen zu bezahlen. Die Produkte würden auf diese Weise für die potenziellen ausländischen Käufer teurer,

was ihre Nachfrage zurückgehen ließe. Dieser Automatismus funktioniert aber in einer Währungsunion nicht mehr. Die deutsche Wirtschaft profitiert somit von der Schwäche der in die Krise geratenen Länder, weil diese durch ihre Außenhandelsbilanzdefizite dafür sorgen, dass der Euro weniger nachgefragt und damit der Preis, der hier Kurs heißt, gedrückt wird. Deutschland oder besser die deutschen Unternehmer profitieren also doppelt: durch das Lohndumping einerseits und den Wegfall des Wechselkurs-Ausgleichsmechanismus andererseits.

Verstärkt wird dieser Effekt noch durch eine Haushaltspolitik des Staates, die statt auf Expansion der Ausgaben zu setzen auf die Ausgabenbremse tritt. Auch hier müsste gelten, dass alle EU-Staaten in etwa den gleichen Anteil an ihrem Sozialprodukt für Investitionen, aber eben auch für mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausgeben. Weil Deutschland auch bei dieser sogenannten Staatsquote unterhalb des EU-Durchschnitts liegt, entsteht eine Nachfragerück-

ke auf dem Binnenmarkt, die das Ungleichgewicht der Leistungsbilanz verstärkt.

Der Kandidat Mélenchon, dem es gelang, mit relativ scharfen antikapitalistischen Tönen 19 Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, hat also recht, wenn er den Finger in diese Wunde legt. Der nun gewählte Macron wird sich noch häufig an seinen einstigen Widersacher erinnern, wenn er die Verhandlungen mit Deutschland zur Stabilisierung der EU führen wird. Gelingt es ihm nicht, die Deutschen zur Raison zu bringen, beschleunigt dies die Fliehkräfte, die unweigerlich die gesamte EU dem Abgrund näher brächten. Es gibt sicherlich Interessenten für eine Entwicklung des Scheiterns. Deutschland könnte dann nicht mehr verdeckt seine hegemonialen Absichten verfolgen. So sehen es anscheinend viele kritische Geister in jenen EU-„Partner“ländern, die von den Segnungen der EU seit geraumer Zeit nichts mehr spüren. Mélenchon ist einer von ihnen.

JOACHIM GEFFERS